

130 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t

des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Dezember
1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Dorotheums-
Bedienstetengesetz abgeändert wird

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht
in Anlehnung an die Bezugsregelung im Öffentlichen Dienst
für die Bediensteten und Pensionsparteien des Dorotheums mit
Wirkung vom 1. Oktober 1968 eine 7,5 prozentige Bezugser-
höhung vor.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
hat die Vorlage in seiner Sitzung vom 17. Dezember 1968 in
Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen
Hause zu empfehlen, gegen diesen Gesetzesbeschluß des Natio-
nalrates keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10.
Dezember 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das
Dorotheums-Bedienstetengesetz abgeändert wird, wird kein Ein-
spruch erhoben.

Wien, am 17. Dezember 1968

G a m s j ä g e r
Berichterstatter

M a y r h a u s e r
Obmann